

Vorlage der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats



Stadtverwaltung
WALLDORF

Walldorf, 14.11.2022

Nummer GR 123/2022	Verfasser Frau Schippel Herr Tisch	Az. des Betreffs 022.30; 004.14; 764	Vorgänge GR 08.11.2022
------------------------------	---	--	----------------------------------

TOP-Nr.: 4

BETREFF

Antrag Bündnis 90/ Die Grünen: Kostenlose Bereitstellung von Hygieneartikeln in öffentlichen Gebäuden und Bildungseinrichtungen

HAUSHALTSAUSWIRKUNGEN

In Folge würde wiederkehrender Betriebsaufwand für die Einrichtung und Bereitstellung entstehen.

HINZUZIEHUNG EXTERNER

./.

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Gemeinderat beschließt auf Basis des Antrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Beauftragung der Verwaltung mit der Überprüfung der Möglichkeit zur Bereitstellung kostenloser Menstruationsartikel auf allen Damentoiletten im gesamten Stadtgebiet in öffentlichen Gebäuden und Bildungseinrichtungen.



SACHVERHALT

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2022 beantragt die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, die Beauftragung der Stadtverwaltung die Möglichkeit zur Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsartikeln auf allen Damentoiletten im gesamten Stadtgebiet, in öffentlichen Gebäuden und Bildungseinrichtungen, zu überprüfen. Dabei wird auf die spezifischen Situationen von insbesondere jungen Menschen hingewiesen. Die Fraktion geht davon aus, dass die Zurverfügungstellung von kostenlosen Hygieneartikeln in öffentlichen Gebäuden und Bildungseinrichtungen den Alltag für diese Personengruppen erleichtern könnten. Es soll aber auch zur Enttabuisierung und Normalisierung der Periode in der gesellschaftlichen Wahrnehmung beitragen. Daneben werden auch die Kosten für Hygieneartikel ins Feld geführt, was bei Personen mit mittleren oder geringem Einkommen, Obdachlosen oder Studenten zu Abstrichen bei notwendigen Dingen des Lebens führt, die sogenannte Periodenarmut. Periodenarmut meint die Tatsache, dass sich viele Menstruierende keine oder nicht ausreichend Hygieneartikel leisten können. Dies erschwere einkommensschwachen Frauen wegen der Kosten für Hygieneartikel eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben. Im Antrag wird auch darauf abgehoben, dass die benötigten Hygieneartikel kein Luxusgut darstellen. Durch kostenlose Artikel könnte, nach Auffassung der Fraktion, eine kleine Unterstützung in dieser Hinsicht geschaffen werden, die neben den finanziellen Aspekten auch das psychische und physische Wohlbefinden von jungen Menschen stärken kann. Darüber hinaus sei das Thema für Mädchen und junge Frauen weiterhin ein schambesetztes Thema, welches es zu enttabuisieren gilt. Daneben sollten der Thematik insgesamt mehr Aufmerksamkeit in der Gesellschaft geschenkt werden, das Bewusstsein und die Selbstverständlichkeit für die notwendigen Artikel soll geschaffen werden. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2022 vorgestellt und soll nun zur Beratung aufgezeigt werden.

Seit in Schottland Mitte August ein entsprechendes Gesetz gegen die sogenannte Periodenarmut gilt, hat diese Thematik ein weltweites Echo gefunden. Schon im vergangenen Jahr waren kostenlose Tampons und Binden an schottischen Schulen angeboten worden. Mit dem Gesetz wurde das Angebot in Schottland ausgeweitet, dass auch in städtischen Einrichtungen und Bildungseinrichtungen kostenlose Periodenprodukte zur Verfügung stehen müssen.

Ziel der Bereitstellung von kostenlosen Hygieneartikeln ist dabei, Frauen eine gleichberechtigtere Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben zu ermöglichen, da das Thema Menstruation ökonomische Auswirkungen auf Frauen haben kann. Einer britischen Umfrage zufolge zeigte sich, dass sich jede zehnte menstruierende Person im Alter von 14 bis 21 keine Periodenprodukte leisten konnte. Das wirkt sich unter anderem auf die Schulbildung aus, denn wer keine Tampons oder Binden hat, wird während der Periode auch öfters nicht zur Schule gehen.

Konkrete Erhebungen aus Deutschland zur Thematik scheint es bislang nicht zu geben, aber diese Ausgaben können auch in Deutschland eine besondere Belastung für Mädchen und Frauen darstellen, die wirtschaftlich schwächer gestellt sind.

Verschiedene Städte wie Karlsruhe, Heidelberg, Speyer und Tübingen haben sich des Sachverhaltes angenommen. Im Heidelberg startete die Stadt ein Pilotprojekt (perioHDe), in dem an vier unterschiedlichen Standorten, bzw. Einrichtungen im Laufe eines Jahres kostenlose Menstruationsartikel bereitgestellt werden, da bisher noch keine belastbaren Daten zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsartikeln vorliegen. Diese Standorte in Heidelberg wurden unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, um an möglichst heterogenen, viel frequentierten Orten mit unterschiedlichen Ziel- und Altersgruppen konkrete Erfahrungswerte zu sammeln.

Dabei gibt es bezogen auf die Bereitstellung durchaus wohl unterschiedliche Systeme. In Heidelberg werden, um die Produkte möglichst niedrigschwellig verfügbar zu machen und auf beengte räumliche Bedingungen eingehen zu können, an allen Standorten mit Binden und Tampons gefüllte Kistchen aufgestellt. In anderen Kommunen werden in den Toilettenanlagen zur Bereitstellung auch Automaten, Holzkisten oder Regalen zur Aufnahme der Artikel aufgestellt oder aufgehängt.

Das Angebot an Hygieneartikeln für Frauen richtet sich an den spontanen Bedarf, sodass die bereitgestellten Mengen überschaubar sind. Dabei wird man sich hierzu sicherlich auch Gedanken in Bezug auf das Angebot machen müssen, wenn größere Mengen mitgenommen werden würden. Es gibt wohl auch Kommunen, welche Automaten mit entsprechend größeren Mengen bereitstellen und testen. Wobei die Art der Bereitstellung sich auch an der Einrichtung und der Platzsituation orientieren dürfte.

In solchen Testphasen wird man sicherlich insbesondere Fragestellungen zu Missbrauch und Vandalismus, der Umgang der Nutzerinnen und SchülerInnen mit den Ausgabemedien und die Häufigkeit der genutzten Produkte eruiert werden. Eine weitere Fragestellung liegt sicherlich auch in der Annahme solcher Produkte im Bereich von öffentlichen Toilettenanlagen durch die entsprechende Personengruppe. Daneben sollte nicht außer Acht gelassen werden, wie insbesondere in den Schulen mit der kostenfreien Bereitstellung von Hygieneartikeln umgegangen wird. In der Vergangenheit zeigten sich in Schultoiletten immer wieder Vandalismusfälle durch verstopften Toiletten und Spülbecken. Die Bereitstellung von Hygieneartikeln könnte hierzu einen ergänzenden Anreiz bieten. Wobei hierzu derzeit noch nicht auf Erfahrungen zugegriffen werden kann.

Das Gymnasium und die Realschule Walldorf am Schulzentrum haben in den Toiletten oder Klassenräume zwar keine Hygieneartikel ausliegen, dafür stehen für Schülerinnen entsprechende Produkte im Sekretariat zur Verfügung, welche dort abholt werden können. Daher wird die entsprechende Personengruppe am Schulzentrum nicht allein gelassen.

Eine allgemeine Verfügbarkeit mit der Bereitstellung im Betrieb der Einrichtungen wäre für Walldorf erst noch zu untersuchen und zu organisieren. Hier stellt sich die Frage, wer sich um das Auffüllen der Gebinde oder Automaten kümmern soll. Bezieht man die städtischen Reinigungskräfte

in diese zusätzlichen Tätigkeiten und die Hausmeister mit ein, oder gibt es hierfür Firmen, welche Mietsystem mit einem Auffüllservice anbieten und beauftragt werden können. Hierbei sind auch die vielen unterschiedlichen Situationen in den Einrichtungen zu begehren und jeweils geeignete Stellen für die Montage der Gebinde zu identifizieren. Daher sind der Aufwand und die Kosten für eine Einführung und den Betrieb vorab derzeit nicht wirklich seriös zu benennen. Damit müsste man im Rahmen einer Prüfung versuchen hierzu weitere Informationen zu finden und sich auch über Systeme und Anbieter kundig zu machen.

Natürlich kann man auch die Frage stellen, ob das Anliegen als öffentliche Aufgabe begriffen werden soll. Grundsätzlich kann die Thematik als Teil der Lebenshaltungskosten und von lebenspraktischen Aspekten gesehen werden, welche durch die Einzelpersonen oder Familien zu tragen sind. Ob solche Angebote in Walldorf wirklich helfen, bei drohender Armut von jungen Frauen zu unterstützen und diese zu verhindern oder ob dies nicht eher im Rahmen der allgemeinen sozialen Unterstützungsleistungen zu sichern wäre, kann dabei auch befragt werden.

Daneben stellt sich auch die Frage, ob es eine Enttabuisierung, dieses sehr persönlichen Themas, im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses bedarf. Im Grundsatz ist die Thematik für die entsprechende Personengruppe sehr individuell und vor allem sehr intim. Ob es daher ein Bewusstsein auf breiter Ebene benötigt, kann sicherlich sehr unterschiedlich gesehen werden.

Auch wenn es sicherlich ein wohlmeinender Ansatz darstellt, dieses Themenfeld seitens der Stadt zu unterstützen, wäre es denkbar, hier die Erfahrungen in anderen Kommunen abzuwarten, ob solche testweisen Angebote in den Regelbetrieb übernommen werden sollen.

Aufgrund der vielfältigen genannten Aspekte im Zusammenhang, welche doch eine gewissen Unsicherheit in der Umsetzung und hinsichtlich der Fragen zu Kosten und Betrieb einhergehen, würde die Verwaltung zunächst auch von einer eigenen Prüfung in Walldorf Abstand nehmen und die Erfahrungswerte der Testphasen in größeren Städte in der Praxis abwarten wollen.

Matthias Renschler
Bürgermeister